

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 36 (2009)
Heft: 2

Artikel: Wirtschaftskrise : "Die Schweizer Wirtschaft befindet sich in guter Form"
Autor: Eckert, Heinz / Borner, Silvio
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910355>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Die Schweizer Wirtschaft befindet sich in guter Form»

Als die amerikanische Immobilienblase zerplatzte, kam es zur Finanzkrise, welche zur weltweiten Wirtschaftskrise führte. Wie schlimm ist die Krise wirklich? Und welches sind die Folgen für die Schweiz? Wir fragten den Basler Wirtschaftsprofessor Silvio Borner. Interview Heinz Eckert

«SCHWEIZER REVUE»:

Sind Sie von der Krise überrascht worden?

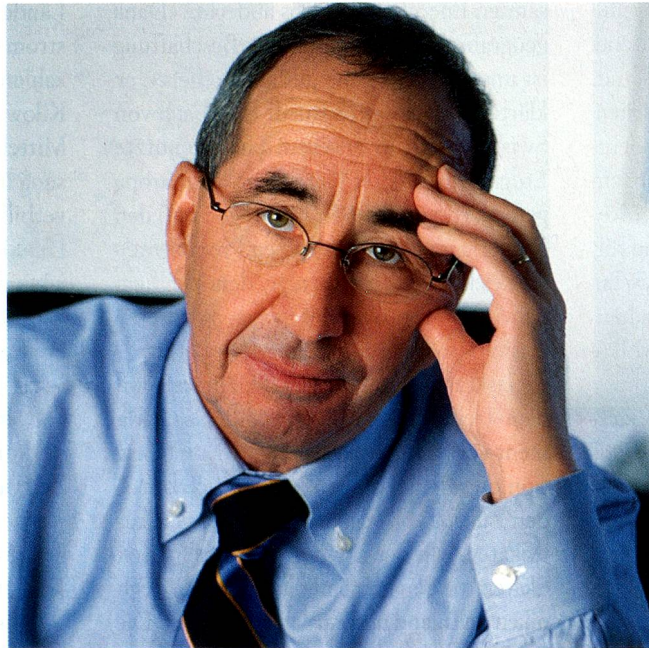
SILVIO BORNER: Ja. Eigentlich schon. Obwohl uns Ökonomen bewusst war, dass es spekulative Blasen gab, konnte das Platzen nicht vorausgesagt werden. Auch das Ausmass war überraschend. Sonst hätte ich mein bescheidenes Aktienportefeuille im richtigen Zeitpunkt verkauft.

Welche Blasen hat man im Auge gehabt?

Zum Beispiel die Immobilienblase. Dass ihr Platzen allerdings zu einer weltweiten Krise führen konnte, kam schon sehr überraschend. Die Blasen in den USA, England und Spanien waren schon lange bekannt. Ich muss aber immer daran erinnern, dass wir Anfang der Neunzigerjahre in der Schweiz auch 100 Milliarden im Immobilienbereich abschreiben mussten. So gesehen ist das Ausmass der Immobilienkrise in den USA im Verhältnis gar nicht so gross. Überrascht hat die rasche Ausbreitung und die Tiefe der Krise.

Gibt es Schuldige für die Krise?

Wir Ökonomen sind keine Moralisten. Ich möchte weder von übertriebener Gier noch von Abzockern reden und auch nicht feststellen, dass die Kontrollen versagt haben. Das greift alles zu kurz. Es hat immer Finanzkrisen gegeben und es wird sie immer wieder geben. Es war einfach so, dass der ganze Finanzmarkt mit den verschiedenen Anlageprodukten so gross und kompliziert geworden war, dass den Verantwortlichen schlicht die Übersicht abhanden gekommen ist. Schliesslich ist die Finanzkrise zu einer Ban-



SILVIO BORNER

Silvio Borner, geboren 1941, ist Professor für Nationalökonomie an der Universität Basel und Leiter der Abteilung Wirtschaft und Politik am Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum (WWZ), Basel. Seit mehr als 30 Jahren lehrt er in Basel Wirtschaft und Politik und bezeichnet sich selber als einen der letzten Allrounder des Fachs. Er ist ausserdem Mitglied im Leitungsausschuss von Avenir Suisse in Zürich, VR-Präsident der Patria-Genossenschaft in Basel, und Präsident des Stiftungsrates Helvetia Patria Jeunesse.

kenkrise geworden, und das ist jetzt das grösste Problem. Wenn es nur um fehlende Liquidität gegangen wäre, hätten die Notenbanken das Problem lösen können. Aber die Banken waren eben in ihrer Substanz getroffen, sie hatten kein Geld mehr und mussten rekapitalisiert werden. In diesem Fall fehlen auch die privaten Investoren. Deshalb gingen ein paar Banken ein, andere wurden vom Staat gerettet.

Wie tauglich sind die Vergleiche mit der Krise von 1929?

Vergleiche mit der ersten Weltwirtschaftskrise sind nur sehr beschränkt möglich. Damals war ja alles ganz anders. Die Notenbanken verfügten heute über neue und

effiziente Instrumente, die man damals noch nicht kannte, und die Währungen sind nicht mehr an den Goldstandard gebunden. Auch die Rahmenbedingungen waren ganz anders als heute. Die Wirtschaft war noch nicht globalisiert, und es ist unklar, wie die damalige Krise überwunden werden konnte. War es wirklich der New Deal von Roosevelt oder vielleicht doch der Zweite Weltkrieg, für den aufgerüstet werden musste?

Wird im Moment übertrieben?

Viele grosse Schweizer Unternehmen befinden sich doch in Topform.

Das stimmt schon. Die Schweizer Wirtschaft ist in einer sehr guten Form und wird die Krise gut überstehen. Zudem: Wenn die EU für 2009 einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 1,9 Prozent prognostiziert, so dürfen wir nicht vergessen, dass wir während der letzten Jahre immer Zuwachsraten von ein bis zwei Prozent ver-

zeichnen konnten. Wir leiden momentan auf einem sehr hohen Niveau. Ich finde manchmal, man habe von Staates wegen fast zu viel getan und fast panisch reagiert. Man sollte nicht übertreiben.

Selbst der Präsident der Schweizerischen Nationalbank hat gesagt, die Schweizer Wirtschaft werde die Krise sehr gut überstehen.

Abgesehen davon, dass der Nationalbankpräsident im Moment die Krise nicht mit negativen Aussagen schüren darf, stimme ich dem zu. Wir haben nicht nur eine starke Wirtschaft, sondern auch keine Immobilienkrise. Das Problem fokussiert sich bei uns eigentlich nur auf den Finanzsektor.

Wie meinen Sie das?

Rückblickend sind wir ja alle gescheitert. Aber die Schweizer Banken hätten sich immer auf ihr Kerngeschäft, die Vermögensverwaltung, beschränken müssen. Das können sie gut und das gehört zur Swissness, die bei den Grossbanken in den letzten Jahren verloren gegangen ist. Der Finanzplatz Schweiz erträgt doch keine zwei Investmentbanken, die zu den grössten der Welt gehören. Das ist grössenwahnsinnig. Ich möchte die Krise nicht herunterspielen, aber auch nicht dramatisieren. Wenn die Schweizer Grossbanken schrumpfen, kann das für den Finanzplatz Schweiz nur gut sein.

Für Sie als Neoliberaler müssen die staatlichen Eingriffe der jüngsten Zeit ja ein Gräuelfeld sein.

Auch ein Neoliberaler will nicht ohne Staat wirtschaften. Vor allem nicht im Bankgeschäft. Nichts ist so stark reguliert wie der Finanzsektor. Das heisst, dass bei der Finanzkrise auch der Staat versagt hat. Wir brauchen nicht mehr Regulierung, sondern eine bessere, effizientere Aufsicht der Banken. Wer nach mehr Regulierung ruft, darf nicht vergessen, dass die Banken so kreativ sind, dass sie immer wieder Mittel und Wege finden, um auch neue Hindernisse und Vorschriften legal zu umgehen. Es ist wie im Doping: Die Kontrollen hinken dem medizinischen Fortschritt immer hinterher.

Wurde denn falsch reagiert, indem die UBS vom Staat 68 Milliarden Franken bekommen hat?

Man kann sich wirklich fragen, ob die Schweiz unbedingt zwei Grossbanken braucht. Das Land braucht zum Überleben die UBS so wenig, wie sie die Swissair gebraucht hat. «Was wir brauchen, ist ein internationaler Flughafen. Alles andere ergibt sich von selbst.» Das haben wir schon bei der Swissair-Krise gesagt und Recht bekommen.

Ich hätte die Entscheidung für die 68 Milliarden nicht fällen wollen. Was mir zu denken gibt, ist nicht der Umstand, dass der Staat der UBS minderwertige Papiere abgekauft hat, sondern dass sie sich mit sechs Milliarden am Aktienkapital beteiligt hat. Das stösst private Anleger ab. Denn an einem Staatsbetrieb wollen sich die wenigsten beteiligen.

Was halten Sie von den staatlichen Programmen, die Konjunktur anzukurbeln?

Ich frage mich, ob sie viel helfen. Bis sie spruchreif werden, kommen sie meistens zu

spät. Leider. Und dann spielt halt eine grosse Rolle, für was sie eingesetzt werden. Wenn sie in langfristige Infrastruktur investiert werden, dann ist es gut. Für mächtige Interessenten sind Konjunkturprogramme jedoch ein gefundenes Fressen: Endlich können sie ihre bisher als unwirtschaftlich abgelehnten Lieblingsprojekte vom Staat finanzieren oder zumindest subventionieren lassen. Wenn das Geld in Sozial- oder Ökonomie investiert wird, finde ich es nicht gut.

Was meinen Sie damit?

Wenn damit beispielsweise Basel zur Solarstadt umfunktioniert werden sollte.

Die USA haben auch die Autoindustrie vor dem Konkurs gerettet. Finden Sie diese Intervention denn gerechtfertigt?

Das ist eben der Fluch. Die staatlichen Interventionen im Finanzsektor haben auch den Appetit anderer Branchen geweckt, die in Schwierigkeiten stecken. Wichtig ist jedoch, dass der Strukturwandel nicht behindert wird. Der US-Autoindustrie geht es schon lange schlecht. Ihre Produkte sind nicht mehr zeitgemäss, von Innovation ist keine Spur zu entdecken. Ob sie nun für längere Zeit über dem Berg ist, bleibt fraglich.

Mit den staatlichen Interventionen sollen vor allem auch Arbeitsplätze gerettet werden. Ist das kein Argument?

DIE DREI KRISEN

Prof. Dr. Silvio Borner: «Abgesehen von der Finanzkrise war der Konjunkturzyklus 2007/2008 ohnehin am oberen Wendepunkt angelangt. Doch jetzt droht das Zusammentreffen mit dem grössten Desaster der Finanzmärkte in eine schwere Rezession auszuarten. Einige sprechen sogar in Anlehnung an die 1930er-Jahre von einer Depression. Ich bin der Ansicht, dass die Finanzkrise dank der gigantischen staatlichen Spritzen von Notenbanken und Finanzministerien langsam Boden findet. Die im historischen Vergleich ebenfalls enormen staatlichen

Nein, sonst hätten auch die Postkutschen gerettet werden sollen. 1896 wurde die amerikanische Börse gegründet. Von den Gründungsfirmen besteht heute nur noch General Electric. Es werden immer wieder grosse Unternehmen verschwinden, wie die Fluggesellschaften Pan American oder Trans World Airlines. Nicht nur in den USA. Darin sah der österreichische Ökonom Joseph Schumpeter als Chance die «schöpferische Zerstörung». Aus der Basler Seidenbandindustrie sind ja auch die heutigen Basler Chemiemultis entstanden.

Warum verdient denn die Finanzbranche eine Sonderbehandlung?

Der Zusammenbruch der Finanzbranche beinhaltet Systemrisiken; das heisst, die ganze Wirtschaft könnte Gefahr laufen zusammenzubrechen. Es gibt aber auch in der Finanzbranche strukturelle Fehlentwicklungen, wie das Beispiel UBS zeigt. Es spricht auch einiges dafür, dass überall redimensioniert werden muss. So muss angepasst werden, dass die staatlichen Feuerlöschaktionen die notwendige Strukturbereinigung mittelfristig nicht unterbinden. So muss man sich im Nachhinein die Frage stellen, ob die UBS nicht sofort geordnet redimensioniert hätte werden sollen, ob das Investmentgeschäft nicht besser verkauft worden wäre. Aber mitten in der Krise war das ja nicht mehr möglich.

Programme zur Ankurbelung der Konjunktur berechtigen zur Hoffnung, dass in der zweiten Hälfte 2009 oder spätestens im 2010 auch der untere Wendepunkt des Konjunkturzyklus durchschritten werden wird. Beide Annahmen sind optimistisch, aber nicht unrealistisch. Sind wir dann alle Sorgen los? Leider nicht, denn dann geht vielleicht die Wachstumskrise erst recht wieder los. Dieses Risiko besteht nicht trotz der historisch einmaligen staatlichen Hilfsaktion, sondern gerade deswegen. Der Grund: Der Staat hat sich vielleicht selber finanziell übernommen und Schuldenberge ange-

häuft, die die Zukunft schwer belasten und im extremen Fall zu neuen – diesmal staatlichen – Finanzkrisen führen könnten.

Zudem hat sich der Staat grosser Teile der ehemals privaten Finanzunternehmen bemächtigt und betreibt nun politisch motivierte Investitionslenkung. Verstaatlichte Banken haben in der Vergangenheit viel Unheil produziert. Finanzhilfen und Konjunkturspritzen behindern oder verhindern gar die dringend notwendigen Struktur Anpassungen innerhalb und ausserhalb des Finanzsektors.»